

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hr. H. Schick, Hoflieferant,
Dr. Gerber u. Breiterstr. 1. Etz.,
Hr. H. Schick, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstr. 17.
Verantwortlicher Redakteur:
i. V. F. Gachsch
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hr. H. Schick, Hoflieferant & Posener
H. J. Jank & Co., J. Jank & Co.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Gachsch
in Posen.

Posener Zeitung

Kundeneinzug

Jahrgang.

Nr. 411

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Der Abonnent bezahlt wochent-
lich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
den Provinzialbezirk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
der Provinz sowie alle Postämter bei deutschen Reiches an.

Donnerstag, 16. Juni.

Inserate, die schlagendste Zeitstelle aber deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der
Abendausgabe 30 Pf., in der Provinzialausgabe 15 Pf., an demselben
Stelle entsprechen, werden in der Provinz für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 15. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung der **Tertiärbahnvorlage** wird fort-
gesetzt bei § 37a (Antrag v. Tiedemann-Bomst). Danach sollen die
Provinzial- und Kommunalbehörden die ihnen auf Grund Aller-
höchster Erlasse und Gesetze aus den Jahren 1867, 1868, 1872,
1875 überwiesenen Kapitalien und Summen zur Förderung des
Baus von Kleinbahnen verwenden können.

Verbunden wird damit die Beratung eines Theiles der von
der Kommission vorgeschlagenen Resolution, wonach die Ver-
wendungszwecke der Dotationsgelder auf den Bau von Bahnen
ausgedehnt werden sollen.

Abg. **Göppner** (konf.) erklärt, daß seine Partei diesem Antrage
nicht zustimmen könne. Mit dem Grundgedanken des Antrages
sei er einverstanden, aber die Bedenken richteten sich dagegen, daß
verschiedene Theile der Monarchie mit den nötigen Chaussees
noch nicht ausgebaut seien, und daß die Provinzialbehörden durch
die vorliegende Bestimmung veranlaßt werden könnten, diese
Gebiete auch fernerhin zu vernachlässigen. Das wäre um so be-
dauerlicher, als diese Gegenden gerade zu den ärmeren gehören.

Abg. **v. Cnurn** (natl.) hält den Antrag für überflüssig, da
das, was er wolle, schon jetzt durch die Provinzialordnung erreicht
werden könne. Die Provinzen seien ja befugt, Umlagen zu ver-
anlassen für den Bau von Kleinbahnen.

Abg. **Dr. Lieber** spricht sich gegen den Antrag aus, da die
Resolution vollständig genüge. Man dürfe nichts überbieten.

Abg. **Dr. Sammacher** tritt gleichfalls gegen den Antrag von
Tiedemann ein mit Hinweis auf die wirtschaftlichen und finan-
ziellen Vortheile, welche die Lokalbahnen mit sich bringen. Die
Besorgnis, als ob dadurch die wirtschaftlich ärmeren Landestheile
weiter vernachlässigt werden könnten, beruhe auf einem unbegrün-
deten Mißtrauen gegen die Provinzialbehörden.

Abg. **v. Tiedemann-Bomst** (frk.) betont, daß es sich hier
nicht um eine Verpflichtung, sondern um eine Ermächtigung der
Provinzialverwaltung handle. Wunderbar müsse das Miß-
trauen gegen diese Verwaltung aus dem Munde von Leuten be-
rühren, die das Recht der Selbstverwaltung stets aufs Schärfste
betonen. Es sei doch klar, daß der Bau von Kleinbahnen oft auch
wirtschaftlich vorteilhafter sei, als der von Chaussees. Wollte man
den Leuten verbieten, praktisch zu verfahren (Widerspruch bei den
Konserverativen)? So, es wird wirklich schwer, den Herren klar zu
machen, was richtig ist.

Abg. **Richter** (frk.): Es ist doch eigentümlich, daß die Konser-
vativen, die die Provinzialverwaltung mehr und mehr in ihre
Hände bekommen haben, sich weigern, diesen Behörden erweiterte
Rechte zu geben. Wie stimmt das mit ihrer Liebe für die Selbst-
verwaltung? Früher haben Konserverative einen andern Stand-
punkt eingenommen. Der ganze Sinn der Dotationsgesetze geht
darauf hinaus, daß man den Provinzen die hier verlangte Be-
fugnis gibt. Auf den Weg der Resolution allein darf man nicht
verweisen. Wir haben bis jetzt mit Resolutionen nicht gute Er-
fahrungen gemacht. Die ganze Frage, um die es sich hier handelt,
ist eine rein praktische. Wo Kleinbahnen vorteilhafter sind, da
sollen sie anstatt der Chaussees gebaut werden. Ich bitte, den
Antrag anzunehmen. Sodann möchte ich an den Minister die
Frage stellen, ob er mit dem Gedanken der Resolution einverstanden
ist.

Minister **Thielen** erwidert, daß er keine Bedenken gegen den
Antrag habe. Ebenfalls sei dies beim Minister des Innern
der Fall.

Abg. **Gerlich** (frk.) erklärt sich mit dem Antrage einverstanden,
der zur wirtschaftlichen Hebung vieler Kreise beitragen werde.

Abg. **Dr. Lieber** hält alle Befürworte, die man aus dem An-
trage herleitet, für ungerechtfertigt.

Abg. **v. Cnurn** (natl.) zieht nach der Erklärung des Ministers
seinen Widerspruch gegen den Antrag zurück. Spricht aber die Er-
wartung aus, daß die den Provinzial- und Kommunalverbänden
gewährten Dotationen auch ferner noch auch für Sekundärbahnen,
also nicht ausschließlich nur für Kleinbahnen verwendet
werden. Die Diskussion wird hierauf geschlossen und der neue
§ 37a mit großer Majorität angenommen, wodurch die Re-
solution überflüssig geworden ist.

Mit § 39 beginnen die Bestimmungen über die Privat-
anschlußbahnen.

Abg. **Dr. Sammacher** (natl.) bringt hier das Enteignungs-
verfahren zur Sprache. Bei Kleinbahnen, die im öffentlichen
Interesse lagen, sei die Sache klar. Für die Dauer aber werde es
sich nicht vermeiden lassen, in das Gesetz ein einfaches Enteignungs-
verfahren aufzunehmen, welches sich auf die Privatbahnen bezieht.

Zu § 43 wird auf Antrag des Abg. **v. Strombeck** (Str.) ein
Zusatz angenommen, wonach die Privat-Anschlußbahnen rück-
sichtlich der Genehmigungsbefugnisse und der Vorschriften dieses
Gesetzes wie jede Kleinbahn der Aufsicht der für ihre Genehmigung
jeweilig zuständigen Behörde unterworfen sein sollen.

Ein zu § 47 gestellter Antrag des Abg. **Engels** (freif.), be-
treffend die eisenbahntechnische Aufsicht über die Anschluß-
geleise wird nach kurzer Diskussion zurückgezogen.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen.

Von der Kommission ist eine Resolution beantragt wor-
den, wonach die Erwartung ausgesprochen werden soll, daß der
Staat sich an Kleinbahnen mit Geldmitteln beteiligen werde,
wenn es sich um Anschluß wirtschaftlich schwächerer Gegen-
den handelt.

sich kein Unternehmer findet, die Regierung Kleinbahnen anlegen
soll. Eine solche Erklärung abzugeben bin ich nicht in der Lage.
Die Staatsregierung wird ja in solchen Fällen oft subsidiär ein-
treten, aber eine generelle Verpflichtung hierzu kann sie nicht über-
nehmen.

Abg. **Bunzen** (frk.) führt aus, daß Preußen den Nachbarlän-
dern gegenüber in dem Bau von Kleinbahnen zurückgeblieben sei,
während diese Bahnen volkswirtschaftlich wichtiger seien als die
Haupt- und Nebenbahnen. Deshalb müsse der Staat noch weit mehr
die Kleinbahnen begünstigen und daher beantragen er, in der Reso-
lution zu sagen „namentlich wenn es sich um Anschluß wirtschaftlich
schwächerer Gegenden handelt.“

Abg. **Gerlich** (frk.) befürwortet folgende Fassung der Reso-
lution: die Erwartung auszusprechen, daß der Staat sich an Klein-
bahnen mit Geldmitteln beteiligen werde, wenn 1. es sich um
Anschluß wirtschaftlich schwächerer Gegenden handelt und
2. der Staat als Besitzer der Hauptstammbahn an der Herstellung
solcher Verkehrswege ein finanzielles Interesse hat.

Abg. **Dr. Krause** (natl.) bittet um unveränderte Annahme des
Kommissionsantrags, ebenso

Abg. **Dr. Sammacher** (natl.), der der Resolution nur in
homöopathischer Fassung der Kommission zustimmen will

Minister **Dr. Miquel**: Die Aufgabe, Kleinbahnen herzustellen,
ist in erster Linie nicht Sache des Staates, sondern der Nächste-
theiligten, der Lokalinteressenten. Daraus folgt nun freilich nicht,
daß der Staat niemals Kleinbahnen herstellen dürfe, aber eine
prinzipale Aufgabe ist es für den Staat nicht. Das möchte ich
auch gegen die Resolution der Kommission ausführen, wenngleich
auch eine so dunkle, vielsagende und nichtssagende Resolution (Bei-
fall links) ja ohnedies nicht viel Werth zu legen ist. Was die Re-
solution hier vom Staate fordert, ist eigentlich doch weit mehr
Sache der Provinzen. Wir wollen uns nicht generell verschließen,
aber können nicht dafür Summen in den Etat stellen, um sie denen
zu geben, die am stärksten drängen. Ich wiederhole, in erster Linie
sind die Kleinbahnen Sache der Lokalinteressenten. Deshalb wer-
den wir auch nicht ohne Weiteres Bahnlinien für Aktiengesell-
schaften konzessionieren, die über das ganze Land sich erstrecken.
Die besten Linien für sich beanspruchen und die unrentablen den Pro-
vinzverbänden überlassen. Sehr wohl aber erscheinen mir Aktien-
unternehmungen empfehlenswerth, die nach Vereinbarung mit den
Provinzialbehörden über die Tarifierung der Linien u. zu Stande
kommen könnten.

Abg. **v. Cnurn** (natl.) erklärt sich gegen die Resolution — es
scheine in dieser Session in den Kommissionen ein wahrer Resolu-
tions-Druck zu herrschen.

Abg. **Richter**: Solche Resolutionen haben doch wirklich wenig
Zweck. Sie sollen draußen herbeigeholt werden. Man thut so, als ob man
was hätte. Ich glaube, die Herren irren sich, wenn sie glauben,
mit dieser Resolution im Lande Ruhe zu schaffen. Wir
scheint es am besten, wenn wir heute mit Rücksicht auf die Er-
klärung des Finanzministers, der wir ja alle zustimmen, auf die
Resolution verzichten. Von solchen Resolutionen werden die Be-
wohner des Ostens nicht satt. Das Uebel kann nur beseitigt wer-
den, wenn die Lebensadern des Verkehrs nicht länger unterbunden
werden, wenn die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht
länger niedergehalten wird. — Wenn der Herr Minister uns heute
Aufschluß gegen wollte, wie die Rechnungen für das Jahr 1891/92
besonders in der Eisenbahnverwaltung sich gestalten, so würde
das auf die Befürworter der Resolution event. etwas abkühlend
wirken.

Minister **Dr. Miquel** erklärt, daß der allgemeine Finanzab-
schluß noch nicht vorliege, der Finanzabschluß der Eisenbahnver-
waltung lasse sich jedoch bereits übersehen. Er betrage 58 Millio-
nen Mark unter dem Vorschlag des Etats. (Bewegung.)

Nachdem Abg. **Dr. Lieber** (B.) sich noch gegen jede Resolution
ausgesprochen, wird die Diskussion geschlossen und sämtliche
Resolutionen abgelehnt.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrags des Abg. **Dr. Kelsch** (frk.)
betr. die Errichtung eines Amtsgerichts auf Helgoland.

Der Antragsteller führt aus, daß die Bevölkerungsziffer
Helgolands für Errichtung eines Amtsgerichts zwar eigentlich nicht
hoch genug sei, daß Helgoland jedoch eine große Zahl von Bade-
gästen habe und dort vielfach Streitigkeiten aller Art vorkämen.
Auch könne man dem Treiben der Auswanderungsbeamten dann
leichter steuern. Im Winter aber sei jetzt kein richtiger Beamter
auf Helgoland, der ex professo alle in Betracht kommenden Ge-
setze und Bestimmungen kennt. Aus all diesen Gründen habe er
seinen Antrag gestellt. Event. beantrage er die Regierung zu er-
suchen, die Errichtung eines Amtsgerichts in Helgoland
in Erwägung zu ziehen.

Geh. Regierungsrath **Planck** erwidert, die Frage der Errich-
tung eines Amtsgerichts für Helgoland sei von der Regierung sehr
eingehend geprüft worden. Die Regierung habe sich aber nicht für
Errichtung eines solchen Gerichts entscheiden können. Die Verhält-
nisse auf der Insel seien so einfach, daß die Kosten eines Amtsge-
richts sehr gut gespart werden könnten. Auf kaiserliche Verord-
nung seien die Einrichtungen so getroffen worden, daß in Straf-
sachen nur Helgoländer als Schöffen fungieren, daß also hier das
Fehlen eines Amtsgerichts sich nicht bemerkbar macht. Im Uebri-
gen sei Sorge getragen, daß wiederholt ein Amtsrichter nach Hel-
goland herüberfahre, der Termine ansetzen könne u. die Zahl der
Geschäfte sei so klein, daß die Beamten, die zu einem Amtsgericht
nötig sind, nur zum Müßiggang angestellt werden könnten. Ein
Bedürfnis für Errichtung eines Amtsgerichts sei für absehbare Zeit
nicht anzuerkennen. (Beifall.)

Der Eventualantrag findet nicht genügende Unter-
stützung.

Abg. **Dr. Meyer** (freif.): Was der Antrag will, ist bereits
geschehen. Die Erwägungen haben stattgefunden. Der Antrag-
steller hat uns erzählt, daß das Fehlen des Amtsgerichts einen
Wechselprotest theuer gemacht habe, daß viel Schwierigkeiten zw-
ischen Herrschaften und Diensthofen vorkommen. Dazu einen Amts-
richter auf die Klippen von Helgoland zu senden, scheint doch wenig
verlockend. Wenn Herr Dr. Kelsch dann aber sagt, man solle nur

den Amtsrichter anstellen, dann werden schon mehr Streitigkeiten
vorkommen (Heiterkeit), so erinnert mich das an den Slovaken,
der, als ich den Kauf einer Mausfalle ablehnte, mir sagte: Kaufen
Sie nur, die Mäuse kommen dann schon. (Große Heiterkeit.) Ich
halte es auch keineswegs als für die Poesie Helgolands erwünscht,
ein Amtsgericht dort zu errichten. Die Poesie dieser Klippen liegt
doch gerade darin, daß man dort leben kann sine dolo et licetore.
(Heiterkeit.) Ich hoffe, wie der Eventualantrag, wird auch der
Prinzipalantrag abgelehnt werden. (Beifall.)

Abg. **v. Benda** (natl.) bedauert die Ablehnung des Eventual-
antrags, dessen Annahme den Helgoländern viel Befriedigung be-
reitet haben würde.

Abg. **Graf v. Limburg** (konf.) vermißt den Nachweis, daß in
dieser Frage der Instanzenweg erschöpft sei. Die Ausführungen des
Regierungskommissars hätten dagegen gezeigt, daß seitens der Re-
gierung die Frage eingehend geprüft sei.

Abg. **Dr. Kelsch** zieht hierauf den Antrag zurück.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr (Tertiärbahnvorlage, Peti-
tionen). Schluß 3¹/₂ Uhr.

Herrenhaus.

20. Plenarsitzung vom 15. Juni, 12 Uhr.

Ein Schreiben des Justizministers, in welchem ersucht wird,
die Ermächtigung zur Strafverfolgung des „Vorwärts“ wegen Be-
leidigung des Herrenhauses zu erteilen, wird der Geschäftsord-
nungskommission überwiesen.

Darauf werden einige im Wesentlichen redaktionelle Änderun-
gen der Geschäftsordnung angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Ablösung der auf Grund der
Verordnung für die Provinz Sachsen seitens des
Staates an die genannte Provinz zu zahlende Rente wird de-
battirt angenommen.

Es folgt die nochmalige Beratung des vom Abgeordneten-
haus abgeänderten Gesetzentwurfs, betr. die Befegung der Sub-
altern- und Unterbeamtenstellen mit Militärämtern.

Die Kommission schlägt vor, die Fassung des Abgeordneten-
hauses anzunehmen, jedoch mit der Änderung, daß nicht Gemeinden
unter 3000 sondern unter 2000 Einwohnern von der Verpflichtung
zur Berücksichtigung der Militärämter befreit bleiben sollen.

Hr. **v. Mantuffel** erklärt, daß ein Theil seiner Freunde
der Meinung ist, daß die Fassung des Abgeordnetenhauses die
bessere sei, weil dadurch die Landgemeinden erleichtert würden.
Aber um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu verhindern,
wollten sie alle Bedenken bei Seite lassen und für den Beschluß
der Kommission eintreten.

Oberrichter **Becker** tritt für den neuen Kommissions-
beschluß ein. Das Abgeordnetenhaus habe die Landgemeinden viel
zu sehr bevorzugt. Es gebe viele Landgemeinden, die besser gestellt
seien als Stadtgemeinden, bei denen keine Ausnahme gemacht
werde. Eine Unterscheidung zwischen Stadt und Land sei durchaus
nicht gerechtfertigt.

Minister **Serrfurth** wiederholt die Erklärung, die er schon
früher abgegeben habe, daß die unveränderte Annahme des Ent-
wurfs nach den Beschlüssen der Kommission das Zustandekommen
des Gesetzes vereitelt haben würde. In der vorgeschlagenen Ab-
änderung würde die Staatsregierung keine Bedenken tragen, die
Sanctionirung der Vorlage zu befürworten.

Das Haus beschließt dem Kommissionsantrage gemäß.
Es folgt die wiederholte Schlussberatung über die Land-
gemeindeordnung für die Provinz Schleswig-
Holstein.

Der frühere Berichterstatter Oberbürgermeister **Fuß** hebt her-
vor, daß die Kommission sich einstimmig für die Vorlage erklärt
hätte, daß aber drei Mitglieder derselben in der Abstimmung im
Plenum ein anderes Votum abgegeben haben.

Graf **Klindowitz** weist die Behauptung der liberalen
Presse zurück, als ob wiederholte Schlussberatung „erzwungen“
worden sei. Sodann verwahrt sich Redner gegen den Vorwurf
der Ueberrumpelung, der den Dissidenten in der fortschrittlichen
Presse gemacht worden sei. Von einer Ueberrumpelung könne keine
Rede sein. Wenn es in der Debatte zu einer gewissen Erregung
gekommen sei, so liege das nicht an ihm (Redner) und seinen
Freunden. Sie sei erst in die Debatte hineingetragen worden auf
Grund der Erklärung des Ministers, daß der Widerspruch gegen
das Gesetz ein Widerspruch gegen Maßnahmen des Königs sei.

Eine solche Kritik habe er nicht geübt, wenn er sich auch dazu
durchaus berechtigt halte. Angriffe auf die Krone werde er stets
zurückweisen, aber die Krone habe das Recht des freien Wortes
in dem Herrenhause anerkannt. Redner hebt nochmals seine Loyalität
hervor und glaubt, daß der Minister sich in einem Mißverständnis
befinde.

Minister **Serrfurth** erwidert, daß das Mißverständnis nicht
von ihm verschuldet sei, sondern von den Mitgliedern, die in seinen
Worten einen Vorwurf erblickt hätten. Redner betont, daß er sich
in der Debatte auf die prinzipiellen Bedenken nicht eingelassen und
nur darauf hingewiesen habe, daß die Grundzüge der neuen Vor-
lage bereits Gesetz seien. Uebrigens habe ja Graf Klindowitz
nicht so große prinzipielle Bedenken gehabt, er habe nur gesagt,
daß Erfahrungen noch nicht gesammelt seien. Dem gegenüber
könne er sagen, daß wohl Erfahrungen vorliegen, die beweisen, daß
viele Befürchtungen der Gegner gegenstandslos gewesen. Nach der
neuen Landgemeindeordnung habe sich die Zahl der Gemeinden,
welche gewählte Gemeindevertretungen haben, vervierfacht auf 8000,
die Zahl der Gemeindevertreter betrage etwa 100 000, wovon nur
200 auf Nichtangesehene entfallen. Die Befürchtung, daß die letz-
teren schließlich das Uebergewicht erhalten würden, sei also hin-
fällig geworden. Zum Schluß weist der Minister auf die That-
sache hin, daß der Provinziallandtag sich einstimmig für die Vor-
lage ausgesprochen habe.

Bredt empfiehlt die Annahme des Entwurfs, der in sozialer
Hinsicht günstig wirken und die Intelligenz zu erhöhen im Stande
sein werde. Die Gegner der Vorlage seien nicht von sachlichen
Motiven geleitet worden. Das sei aber bei Herrn v. Mantuffel,
der anders gestimmt habe, anders.

Herr v. Mantuffel verwarf sich entschieden gegen diesen Vorwurf. Er sei nur von sachlichen Gründen geleitet worden. Man hätte warten sollen, bis das neue Kommunalsteuergesetz eingeführt wäre. Denn dieses würde das bisherige Stimmrecht doch über den Haufen werfen.

Graf Schulenburg glaubt nicht, daß die von dem Minister gemachten Erfahrungen alle Bedenken beizulegen. Zu schnell dürfe man mit der Einführung der Landgemeindeordnung nicht vorgehen. Der Provinziallandtag habe sich nicht für die Landgemeindeordnung ausgesprochen, sondern nur gesagt, da sie einmal eingeführt werden soll, so möge es lieber gleich geschehen.

Oberbürgermeister Becker tritt für die Landgemeindeordnung ein, deren Einführung ein glücklicher Zug der Staatsregierung gewesen sei. Auch gegen die Kreisordnung seien f. B. Bedenken erhoben worden, die sich nachher alle als ungerechtfertigt herausstellten. Die Debatte, welche Herr v. d. Schulenburg über den Beschluß des Provinziallandtages gemacht habe, mache seiner Kühnheit alle Ehre.

Minister Herrfurth wendet sich ebenfalls gegen die einseitige Auslegung des Beschlusses des Provinziallandtages seitens des Grafen v. d. Schulenburg.

Graf v. d. Schulenburg erklärt, daß er mit den Erfolgen der Kreisordnung durchaus nicht zufrieden sei.

Darauf wird die Vorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (Vorlage über das Einkommen der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Lehranstalten.)

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin, 15. Juni.** Gepriesen sei das Herrenhaus! Es hat die Landgemeinde-Ordnung für Schleswig-Holstein in wiederholter Schlußberatung angenommen und damit den Kreuzzeitungsleuten, die schon hoch aufhorchten, den Spaß verdorben. Es hat ferner das Gesetz über die Militärämter in einer Fassung angenommen, mit der sich die Staatsregierung einverstanden erklären konnte. Nicht für Landgemeinden von 3000 Einwohnern aufwärts, sondern schon für Landgemeinden von 2000 und mehr Einwohnern soll hiernach die Verpflichtung erwachsen, Militärämter anzustellen. Das Gesetz muß nun an das Abgeordnetenhaus zurück, und die Beratung über diese Vorlage wird die letzte politische wichtige Aktion sein, die der Landtag in seiner gegenwärtigen Tagung noch zu erleben haben wird. In der Beratung über die Landgemeinde-Ordnung hat Graf Klinkowström sehr hohe Töne angeschlagen. Dieser Herr hat sich durch eine Bemerkung des Ministers Herrfurth in der betreffenden Debatte vor den Pfingstferien in seiner freien Meinungsäußerung beschränkt gefühlt, und nun war es ein wirkliches Vergnügen zu hören, wie der Graf das Recht der Kritik auch gegen die Krone für sich in Anspruch nahm. Es ist wahr, der Minister des Innern hatte sich wohl etwas gewagt ausgedrückt, als er damals dem mißvergnügten Hochkonservativen im Herrenhause bemerkte, nachdem die Landgemeindeordnung Allerhöchst vollzogen sei, könne man nicht in eine nachträgliche Kritik des Gesetzes eintreten, sondern müßte dieses als bestehenden Rechtszustand acceptieren. Das ist ein Wort, gegen das die Liberalen erst recht Verwahrung einzulegen haben. Aber eine gewisse ungewollte Ironie liegt doch darin, daß ein so starrer Konservativer wie Graf Klinkowström in die Lage versetzt wird, sich zum Anwalt der freien Kritik zu machen. Wenn gegen irgendwen der vom Minister Herrfurth hervorgehobene Gesichtspunkt überhaupt Geltung haben kann, so ist es der typische Herrenhäuser, als dessen Musterbild (einer unter Vielen) Graf Klinkowström angesehen werden darf. Einem solchen Manne gegenüber durfte sich der Minister wenigstens mit subjektiver Berechtigung eine Vorhaltung gestatten, auf die er unter anderen Umständen vermutlich garnicht gekommen wäre, und die allerdings unter keinen Umständen gebilligt werden kann. — Im Abgeordnetenhaus ist die zweite Beratung des Kleinbahngesetzes heute zu Ende geführt worden. Eine größere Bedeutung erlangte die Verhandlung nur bei der Frage, ob die Provinzen aus ihren Dotationsfonds den Bau von Kleinbahnen befördern sollen. Nahezu einstimmig hat das Abgeordnetenhaus diese Frage bejaht, nachdem es beim Beginn der Beratung hatte scheinen können, als ob die Mehrheit nur gering sein werde. Man

hat hier eines der Beispiele vor sich, wo eine Debatte selber diejenigen Aufklärungen bringen kann, die für die Abstimmung entscheiden. Gewöhnlich kommen die Abgeordneten mit festen Entschlüssen in die Sitzung, und auch die besten Argumente von der anderen Seite sind zumeist nicht im Stande, den mitgebrachten Entschluß zu erschüttern. Wenn es diesmal anders war, so liegen die Gründe in den Erklärungen vom Ministertisch. Der Widerspruch der Konservativen gegen die beantragte Verwendung der Provinzialdotationsfonds verlor seinen einzigen Anhalt durch die Mittheilung des Vertreters des Ministers Herrfurth, daß von dieser Seite her keine Bedenken gegen die Erweiterung der Zwecke der Dotationsfonds obwalteten. Im Wesentlichen war der Meinungsgegensatz ein solcher zwischen Chausseebau und Eisenbahnbau. Der Eisenbahnbau hat gesiegt, und damit kann man sich nur einverstanden erklären. Wir sind nicht der Meinung, die in den jüngsten Debatten des Abgeordnetenhauses mehrfach geäußert worden ist, daß von vornherein der Bau von Bahnen unterster Ordnung dem Bau von Chaussees vorzuziehen gewesen wäre. Was die eine Verkehrsstraße leisten kann, das ist anderer Art als die Leistung der anderen, und erst ihre gegenseitige Ergänzung kann den befriedigenden Abschluß der Thätigkeit bilden, die auf die Erschließung auch entlegener Landestheile ausgeht. Darum ist es nützlich gewesen, daß eine längere Zeit hindurch der Chausseebau durch das Zusammenwirken von Provinzen und Gemeinden planmäßig in größerem Umfange betrieben wurde. Diese Thätigkeit ist aber im Wesentlichen abgeschlossen, und die Zeit ist da, wo die höhere Stufe des Eisenbahnbaues erstiegen werden kann. Alles, was die Schwierigkeiten der Anlegung von Kleinbahnen hinwegräumt, muß jetzt willkommen geheißen werden. Ob der Eisenbahnminister Recht hat, wenn er meint, daß die Provinzen wohl nicht oft Gelder für den Kleinbahnbau hergeben werden, müßte erst abgewartet werden. Wir können uns vorstellen, daß die Provinzialverwaltungen sich überraschend schnell von den Vortheilen überzeugen, die dies, bisher bei uns fast garnicht bekanntes System von Bahnen für das Gedeihen der betreffenden Landestheile mit sich bringen wird. Das in Kleinbahnen angelegte Geld würde sich jedenfalls besser verzinsen, als das auf Chaussees verwandte.

Der in Celle verlebte Oberlandesgerichts-Präsident Bardeleben ist im vorigen Jahre in der Dessenfeste viel genannt worden. Bardeleben war es, der die Hildesheimer Festschmiede, die einen jüdischen Kollegen von ihrer Tischgesellschaft ausgeschlossen hatten, zur Strafe verließ. Er ist dafür von der „Kreuzzeitg.“ und Konjunkten durch die üblichen Angriffe geehrt worden.

Ein von den Arbeitern gewonnener Streik ist bei der gegenwärtigen Geschäftslage eine Seltenheit. Die streikenden Weber in Rixdorf haben, wie schon an anderer Stelle unseres Blattes gemeldet, nach achtwöchentlichem Feiern die Erfüllung ihrer Forderungen durchgesetzt. In der Textilbranche handelt es sich allerdings nicht um ausschweifende Forderungen und der Widerstand der Unternehmer gründet sich nicht darauf, daß die Wünsche übertrieben sind, sondern darauf, daß sie sie nicht erfüllen können. Den Streikenden ist auch zugesichert worden, daß sie an Stelle der mittlerweile Eingestellten wieder in Beschäftigung treten sollen. Darüber vergehen einige Wochen und so lange sind manche bisher Streikenden noch außer Arbeit. Auf diesen Sachverhalt ist es zurückzuführen, wenn jetzt in einigen Berliner Blättern noch darüber gestritten wird, ob der Streik beendet sei oder nicht.

Solingen, 15. Juni. Der „Köln. Ztg.“ wird die sonderbare Nachricht von hier gemeldet: „Die Stadtverordneten beschloßen die Veröffentlichung der Einkommensteuerlisten im Wege des Buchhandels.“

Karlsruhe, 15. Juni. Die zweite Kammer genehmigte den Bau einer strategischen Bahn von Mühlwog nach Karlsruhe mit 43 gegen 12 Stimmen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 15. Juni. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beantragte die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des „Vorwärts“ wegen Verleumdung des Hauses in einem Artikel über die Nobelle zum Vergeltung nicht zu ertheilen.

L. C. Berlin, 15. Juni. Der Ministerpräsident Graf Eulenburg soll dem Mitgliede des Herrenhauses, Stadtdirektor von Hannover, Tramm in der Hoftheaterfrage befriedigende Erklärungen gegeben haben.

Wie die Tramps reisen.

Ueber das Reisen der Tramps, der amerikanischen „Sonnenbrüder“, berichtet ein dortiges Blatt:

Man ist im Irrthum, wenn man glaubt, die Hauptpassion unseres Tramps bestehe darin, die Welt zu Fuß zu durchwandern. Nichts liegt ihm ferner als dieser Sport. Er hält es vielmehr mit der deutschen Redensart „Schlecht gefahren ist besser als gut gegangen“ und erträgt lieber zwei oder drei Tage Hunger, als daß er sich eine Gelegenheit entgehen ließe, einen Theil seiner Reise per Eisenbahn, selbstverständlich ohne Ticket, zurückzulegen, oder, wie er sich ausdrückt, „eine Fahrt zu stehlen“. Am liebsten sind ihm die Frachtzüge, da diese mehr wie die anderen Trains Schlupfwinkel bieten, in denen er sich vor den Beamten und besonders dem Bremser, seinem bösen Geiste, zu verbergen vermag. Zu dem Behufe hält er auf dem Bahnhofe, auf den er sich kurze Zeit vor dem Abgange des Zuges begeben hat, zunächst Umschau nach einer leeren „Side Door Pullman“ oder „Box Car“. Gelingt es ihm, in solch eine hineinzuweichen, so ist er sicher, daß er 100 oder 150 Meilen zurücklegen kann, ohne an die Luft gefesselt zu werden. Zudem bieten diese Wagen noch den Vortheil, daß er nicht der Rauch der Lokomotive zu schlucken hat. In Ermangelung eines leeren „Pullman'schen“ nimmt er indeß auch mit einer beladenen Car vorlieb, deren Thüre gerade offen steht oder die ihm sonst eine günstige Gelegenheit bietet, unbemerkt hineinzuschlüpfen. Neulich wurde ein Tramp sogar in einem auf einer „Flat Car“ aufgestellten Beichenwagen bemerkt, in dem er bereits 300 Meilen zurückgelegt hatte und eben den „Schlaf des Gerechten“ genoß. Glücklicherweise ist er,

wenn er das Herz eines Viehtransporteurs zu rühren vermag, der ihm die Mitfahrt in einem Viehwagen gestattet. Der Reisende sucht sich dann dadurch nützlich zu machen, daß er die Thiere füttert und trinkt, während er sich in irgend einer Ecke auf Futtersäcken ein Lager herrichtet.

Vermag der Tramp nicht schon im Bahnhofe einen „Platz“ sich zu verschaffen, so versucht er es an Stellen, wo man gezwungen ist, die Züge langsam gehen zu lassen. Zu seinen besonderen Obliegenheiten zählt er, solche Stellen vorher auszukundschaften und zu kennen. Er ergreift dann eine der Handhaben, mittelst welcher die Fahrbienstenden die Wagen zu ersteigen pflegen, und schwingt sich zunächst auf eine Bremsstange, wo er vom Wagen aus nicht bemerkt werden kann. Bei der ersten günstigen Gelegenheit sucht er sich so dann einen besseren Platz.

Kommt es ihm darauf an, sein Reiseziel rascher zu erreichen, so versucht er, auf einem Schnellzuge unterzukommen, wo er sich zwischen dem Tender und dem Expresswagen, oder zwischen zwei Postkars plaziert. Ist es ihm nicht möglich, einen derartigen Platz zu gewinnen, so legt er die Reise, freilich mit etwas mehr Gefahr und Unbequemlichkeit, auf der Bremsstange zurück, oder er legt sich quer über die vier eisernen Stangen, welche unter dem Wagen laufen und den Mittelpunkt desselben stützen. Hier und da wagt er es indeß auch, auf die Plattform einer Passagierkar zu steigen, in der Erwartung, daß der Kondukteur ihn übersehen oder „ein Auge zudrücken“ werde.

Zu bewundern ist, wie der Tramp es ermöglicht, sich das zu verschaffen, was zur Erhaltung seines Lebens unbedingt erforderlich ist, wobei wir nicht unerwähnt lassen wollen, daß

Rußland und Polen.

A Petersburg, 14. Juni. [Original-Bericht der „Posener Zeitung.“] Mit dem Stundismus soll nun im Interesse der Orthodogie gründlich aufgeräumt werden, zu welcher Aufgabe das Ministerium des Innern unter Mithilfe des Heiligen Synods und des Justizministeriums ein Projekt in Vorbereitung hat. Die orthodoxe Kirche käme eben durch den Stundismus zu Schaden, weil er ihr offen widerstrebe und ihr geheiligtes Ansehen beeinträchtigt. U. a. wird geplant, die Stundisten oder Personen, welche zu ihnen nur irgendwie Beziehungen haben, von den Gemeindeämtern auszuschließen und den Orthodoxen zu verbieten, sich bei Stundisten als Dienstleute zu verbinden. — Die alte Frage von der Gründung eines französischen Lyceums in Rußland rückt ihrer praktischen Realisirung näher. Wie die „Nowosti“ mittheilen, habe die französische Regierung bereits eine Million Francs für die Errichtung eines solchen Lyceums assignirt und wolle letzteres jährlich mit 50 000 Francs subventioniren. Wie wir seiner Zeit mittheilten, war auch der ehemalige französische Minister Flourens bei seinem Besuche in Petersburg in der Lyceum-Angelegenheit thätig. Derselbe sprach sich dafür aus, Moskau als Ort der Anstalt zu wählen, mit Rücksicht darauf, daß die dortige reiche französische Kolonie derselben ein großes Lokal frei zu stellen und eine bedeutende Subvention zu sichern gewillt ist. Die französische Regierung soll aber nicht ganz die Ansicht des Herrn Flourens theilen; sie schwankt in der Wahl zwischen Moskau und Petersburg als Ort der Anstalt. — Es verlautet, daß in der Administration der Gouvernements Perm, Wjatka, Kasan und Tobolsk wichtige Personalveränderungen aus von dort her gegebenen Gründen ecktrussischer Natur vorgenommen werden würden.

Frankreich.

Paris, 15. Juni. Der russische Votschafter Baron v. Mohrenheim läßt es nicht an Bemühungen fehlen, wie seiner Zeit die Flottenzusammenkunft von Kronstadt, so auch den Besuch des Großfürsten Konstantin in Nancy für russische Anleihen zu fruktifiziren. So trat er, wie aus hiesigen Finanzkreisen positiv verlautet, mit hervorragenden französischen Finanziers in Unterhandlungen, um die noch „restirenden“ 200 Millionen der nach Kronstadt aufgenommenen Anleihe unterzubringen. Das überdies keineswegs bereits unbedingte Angebot der Finanziers, nach welchem diese 200 Millionen weit unter dem damaligen Emissionskurs und zwar höchstens zu 75 Prozent übernommen werden sollen, hat, wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, den russischen Votschafter nach den mannigfachen russenfreundlichen Rundgebungen der letzten Monate offenbar sehr in Erstaunen versetzt.

In dem Beleidigungsprozeß des Deputirten Burdeau gegen den Herausgeber der Zeitung „La libre Parole“, Drumont, welcher Burdeau der Kücklichkeit beschuldigt hatte, verurtheilte das Geschworenengericht Drumont zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe, außerdem wurde Burdeau das Recht zugesprochen, das Urtheil in 80 Zeitungen zu veröffentlichen. Der Staatsanwalt brandmarkt in dem Straftrage Drumonts System der Verleumdung. Ein Zwischenfall zwischen dem Staatsanwalt und dem Vertheidiger veranlaßte Rundgebungen im Saale, in Folge deren der Präsident den Saal räumen ließ. Drumont schloß seine Ausführungen mit dem Rufe „nieder mit den Juden, es lebe Frankreich, Frankreich den Franzosen!“ Beim Verlassen des Gerichtssaales bereiteten Freunde Drumonts demselben eine Ovation, wobei sie riefen „es lebe Drumont, nieder mit den Juden!“ Einige Personen wurden verhaftet.

Vermischtes.

† **Der Hauptvorstand der allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft** theilt mit, daß für die Katalogen der Kunstausstellung in Chicago an Behangfläche für Oelgemälde rund 258 Quadratmeter für Aquarelle und graphische Künste rund 70%, Quadratmeter, zur Verfügung stehen. Nach einer Mittheilung von drüben wird jedoch außerdem für Architekturwerke in den Ausstellungsbauten von Chicago ein besonderer Raum vorbehalten. Einmalen wird den Berliner Künstlern der Rath ertheilt, ihre für die transatlantische Kunstausstellung bestimmten Werke bis Ende November d. J. fertig zu stellen, da spätestens Anfang Dezember d. J. die Kataloge zusammengestellt werden. Nach Beschluß des Delegirten-tages der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft unterliegen dem Urtheil der Jury alle Werke ohne Ausnahme.

er zwei bis drei Tage Hungerleiden gar nicht der Erwähnung für werth hält. Schlimmer ist es schon, wenn er Mangel an Kleidern hat, welcher sich besonders im Winter fühlbar macht. Er zieht es deshalb auch vor, gleich den Zugvögeln nach südlichen Gegenden sich zu wenden, sobald die genannte Jahreszeit beginnt. Seine Nahrung verschafft er sich theils von den Feldern, welche an der Straße liegen, theils durch Betteln. Manche Tramps tragen zu dem letzteren Behufe an einem Drahte oder einem Stricke eine Tomatofanne, in welche sie die erfochtenen Schätze sammeln. Im Westen trifft man an der Landstraße oft eine ganze Anzahl dieser Reisenden, welche sich am Morgen zerstreuen, um sich Nahrungsmittel zu verschaffen, und später wieder an einem bestimmten Orte zusammenfinden, von wo aus sie gemeinschaftlich weiter wandern.

Wir finden übrigens unter den Tramps zuweilen nicht nur Menschen, die eine höhere Bildung genossen, sondern auch solche, die im gesellschaftlichen Leben hervorragende Rollen gespielt haben, durch Unglück oder eigene Schuld aber auf diese Stufe gesunken sind. Nach den Berufsarten stellen das Hauptcontingent der Tramps die Schauspieler, denen sodann die Buchdrucker und die Musikanten folgen. Manche gehören dieser Klasse nur eine gewisse Zeit und deshalb an, weil sie augenblicklich ohne Arbeit und ohne Mittel sind, und kehren sofort in geordnete Verhältnisse zurück, sobald sich die Gelegenheit hierzu bietet; viele aber haben die Lust an jeder geregelten Thätigkeit verloren, schlagen alle Anerbietungen, zu arbeiten, aus und sinken so lange von Stufe zu Stufe, bis sie dem notorischen Verbrechenthum angehören.

† **Brauereibesitzer C. Jacobsen** in Kopenhagen hat alle Mitglieder des am 14. d. Mts. in Hamburg zusammengetretenen 7. Deutschen Brauer-Kongresses zu einem Besuch in Kopenhagen eingeladen. Die Ankunft der deutschen Brauer findet am 18. d. Mts. nach Besichtigung der Brauerei Ny Carlsborg wird der Abend in Livoli verbracht. Am folgenden Tage wird ein Sonderzug die Gäste des Herrn Jacobsen nach Schloss Frederiksborg befördern und am 20. d. findet auf Ny Carlsborg ein Festmahl statt.

† **Ein Unglücksfall** trug sich vorgestern in Danndorf (Kreis Niederbarnim) zu. Der 24jährige Sohn des Handelsmannes Hermann Gereife lag in der hiesigen Forst Kaulbaumholz schlagen und abhauen. Zur Verpackung der Rinde wurden ihm Säcke aus einer Apotheke zugesandt, in denen Wurzeln des Eisenhutes gewesen waren. Der junge Gereife fand in einem Sack noch einige Wurzeln, nahm eine in den Mund und bot auch seinen Arbeitern einige an. Nach kurzer Zeit klagte er über Unwohlsein und verstarb bald darauf nach schrecklichen Qualen. Wahrscheinlich hat er die Wurzeln heruntergeschluckt. Auch bei den Arbeitern, die die Wurzeln probirt hatten, stellten sich Schmerzen ein. Ein Arbeiter aus Borgfelde mußte auf einem Wagen nach Hause geschafft werden. Der Verstorbene war der einzige Sohn seiner Eltern.

Lozales.

Posen, 16. Juni.

r. Die Witterung hat sich seit dem Gewitter und Gewitterregen am 13. d. M. total geändert. Während der vorherrschende Charakter der Witterung vom 24. Mai bis zum 13. d. M. ungewöhnliche Hitze, welche bis gegen 32 Gr. C. stieg, unbedeckter Himmel und Mangel an Regen gewesen war, und nur hin und wieder wenig durchdringender Gewitterregen (so am 29. Mai, 3. und 12. Juni) gefallen, auch am 6. und 7. Mai bei gleichzeitigem Regen die Temperatur bis auf 9 Gr. C. herunter gegangen war, trat, nachdem diese heiße, trockene Witterung fast drei Wochen angehalten hatte, Montag den 13. d. M. unter Gewitter und Sturm ein totaler Umschlag der Witterung ein; seitdem scheinen wir in eine Regen-Periode hineingerathen zu sein; fast täglich regnet es, wenn auch nicht stark, und die Temperatur ist eine für den Monat Juni ungewöhnlich kühl; am 14. d. M. zeigte der Thermograph ein Wärme-Minimum von 7,3 Gr. C. an, und heute Morgens zwischen 3-4 Uhr waren gleichfalls nur ca. 7½ Gr. C. Wärme; um diese Zeit machte sich starker Nebel bemerkbar (eine im Juni ungewöhnliche Erscheinung, der aber um 5 Uhr Morgens wieder verschwand).

* Der Evangelische Feldprediger Dr. Richter ist, aus Glogau kommend, gestern Nachmittag hier eingetroffen und in Wplius Hotel abgestiegen.

br. Das zweite Konzert des österreichisch-ungarischen Zigeuner-Orchesters fand gestern Abend wieder vor überfülltem Saale im Lambert'schen Etablissement statt. Die einzelnen Nummern des Programms fanden beifällige Aufnahme, besonders das Potpourri „Zigeunerleben“ und der Solovortrag des Fräuleins Urban auf der sogenannten Fischegeige. Da das Orchester heute Abend noch ein Konzert im Viktoria-Garten (Höckerbräu) und morgen Abend wieder im Lambert'schen Etablissement veranstaltet, wollen wir einen Besuch nochmals bestens empfehlen.

* **Entschädigungsfrage.** Ein Theil derjenigen, welche beim Zusammenbruch der Schrimmer Spar- und Wechsel-Darlehnskasse ihr Vermögen verloren haben, werden, wie aus Schrimmer gemeldet wird, durch Kollektivklage den Aufsichtsrath erlagspflichtig machen.

Telegraphische Nachrichten.

Danzig, 15. Juni. Gestern Abend ist die Gattin des Direktors der hiesigen Gewerfabrik, Major Baum, beim Blumenpflücken im Festungsgraben aus dem Boot gestürzt und ertrunken. Die Leiche ist gefunden.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Das Luxemburger Schwurgericht verurtheilte den mit 17 000 Mark durchgebrannten und in Berlin verhafteten Kommis Gläner zu 6 Jahren Zuchthaus, sowie Entziehung des bürgerlichen Ehrenrechtes.

Bremerhaven, 15. Juni. Mehrere hiesige Geschäftsleute wurden verhaftet. Die Verhaftungen sollen mit Unterschlagungen in der Magazinderwaltung des „Norddeutschen Lloyd“ in Zusammenhang stehen.

Norden, 15. Juni. Die Eisenbahnstrecke Norden-Norddeich wurde heute dem Betriebe übergeben. Sie führt unmittelbar bis zum Landungsplatz der Dampfschiffe nach Norden.

Wien, 15. Juni. Das Herrenhaus nahm ohne Debatte die Gesetzesentwürfe betreffend die Börsensteuer, die Besteuerung ausländischer Effekten und betreffend die Wiener Verkehrsanlagen an und genehmigte neuerdings, entgegen dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses, welches eine Million für Unterstützung der Staatsbeamten bewilligte, 500 000 Gulden für dieselben.

Der Landesausschuß in Triest petitionirt bei der Regierung um Errichtung einer Univerſität oder juristischen Fakultät mit italienischer Unterrichtssprache in Triest.

Wien, 15. Juni. Der Valutaausschuß genehmigte mit 29 gegen 11 Stimmen Artikel 1 des Münzgesetzes, welcher die Bestimmungen über die Gold- und Kronenwährung enthält, nach der Regierungsvorlage.

Wien, 15. Juni. Valuta-Ausschuß. Der bereits gemeldeten Annahme des § 1 des Münzgesetzes in der Fassung der Vorlage gingen folgende Abänderungen voraus: Der Antrag Kaiser auf Verwerfung der Vorlage wurde mit 31 gegen 4 Stimmen, der Antrag Krainitz auf Streichung der Bezeichnung „Goldwährung“ mit 30 gegen 9 Stimmen abgelehnt; der Antrag Elm, nicht die „Krone“ sondern den „Gulden“ als Münzeinheit festzusetzen, wurde mit 23 gegen 6 Stimmen verworfen.

Wien, 15. Juni. Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ zufolge ist die hiesige Gesandtschaft der Vereinigten Staaten gestern vom Ministerium des Aeußern verständigt worden, daß Oesterreich-Ungarn die Einladung zur Besichtigung der internationalen Silberkonferenz mit dem Vorbehalte angenommen habe, daß hierdurch der Haltung der Monarchie in keinerlei Richtung präjudizirt werde.

Prag, 15. Juni. Prinz Eduard Rohan ist in Reichenhall gestorben.

Bern, 15. Juni. Der Bundesrath hat die italienischen Anarchisten Mari und Rotaris in Lausanne gewarnt, daß sie unzulässig aus der Schweiz ausgewiesen werden würden, wenn sie in ihrer anarchischen Propaganda fortfahren sollten.

Rom, 15. Juni. Imbriani kündigte in der Deputirtenkammer in Ausdrücken, welche allgemeinen Värm erregten, an, daß er eine Anfrage eingereicht habe über die Reise des Königs und der Königin nach Potsdam. Nachdem sich der Värm gelegt hatte, erklärte der Präsident, er werde die Verlesung der Anfrage nicht zulassen, und sprach im Namen der Kammer dem König und der Königin die herzlichsten Wünsche für ihre Reise aus. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Der Zwischenfall war damit geschlossen.

Rom, 15. Juni. Im persönlichen Gefolge des Königs werden sich auf der Reise nach Potsdam befinden: Der erste General-Adjutant Generalleutnant Marquis Ballabichini di Priola, Generalmajor Francesco Laballe, der Oberceremonienmeister Graf Gianotti, der Flügeladjutant Major Galeazzo Cortisana, der Ceremonienmeister Marquis Boreo d'Almo, der Leibarzt Dr. Carlo Sallione, der Generalsekretär im Ministerium des königlichen Hauses Urbano Rattazzi. Im persönlichen Gefolge der Königin befindet sich die Ehrenkammer Marquise Villamarina, eine Hofdame und ein Kammerherr. Der Ministerpräsident Giolitti nimmt an der Reise nicht Theil, da er als Minister des Innern augenblicklich durch die Geschäfte stark in Anspruch genommen ist. Dagegen wird der König, wie bereits gemeldet, von dem Minister des Aeußeren Brin begleitet sein.

Rom, 14. Juni. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Das Gerücht, die italienische Regierung unterhandle wegen einer Tabak-anleihe, entbehrt jeglicher Begründung.

Venedig, 15. Juni. Der König von Griechenland ist heute Vormittag an Bord des Dampfers „Esperia“ nach Corinth abgereist.

Saag, 15. Juni. Die erste Kammer hat das internationale Uebereinkommen betreffend das Eisenbahn-Frachtrecht angenommen.

Stockholm, 15. Juni. Das schwedische Ministerium scheint energisch gegen die von Norwegen geplante Errichtung eines eigenen Konsulatsrechtes auftreten zu wollen. Es fordert, daß die Sache im zusammengefügten schwedisch-norwegischen Staatsrath behandelt werde, und will zur Durchsetzung dieser Forderung eventuell die Kabinettsfrage stellen.

Paris, 14. Juni. Die portugiesischen Schutzkomitees erklären in einem Proteste gegen die Weigerung Portugals, die Konvention vom 24. Mai zu ratifiziren: wenn die portugiesische Regierung dabei verbleibe, den Inhabern portugiesischer Staatspapiere eine willkürliche Kürzung der Zinsen aufzuerlegen, so behielten sie sich vor, durch alle gesetzlichen Mittel auf allen europäischen Märkten die zur Vertheidigung der Interessen portugiesischer Staatspapier-Inhaber nothwendigen Maßnahmen zu veranlassen.

Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung aus Lissabon verlautet dajelbst, daß die Neuwahlen bis zum September hinausgeschoben seien und daß die Cortes erst im Januar zusammentreten würden.

Barcelona, 15. Juni. Die Unruhen dauern fort. Die Arbeiter halten auf den nahen Bergen Versammlungen ab. 21 Sozialisten wurden verhaftet. Patrouillen durchziehen die Stadt und die Umgebung. Fahrzeuge mit bewaffneter Mannschaft zirkuliren im Hafen. — In einer von Arbeitgebern und Arbeitern besuchten Versammlung, in welcher der Maire den Vorsitz führte, wurde über die Grundlagen eines Einvernehmens berathen.

Barcelona, 15. Juni. Heute Vormittag ist ein Geschwader in den hiesigen Hafen eingelaufen. Gegenwärtig herrscht vollkommene Ruhe.

Brüssel, 14. Juni. Die liberalen Blätter feiern den Wahlsieg ihrer Partei in Brüssel, weil er die Bildung einer konservativen Zweidrittel-Majorität verhindere, welche zur Revision der Verfassung gemäß den Wünschen der Regierung erforderlich sei. Die liberalen Journale beklagen zwar den Mißerfolg in Brüssel, heben aber hervor, daß der Ausfall der Wahlen in der Provinz für die konservative Regierung einen großen Erfolg bedeute. Gleichzeitig tadeln sie das Zusammengehen der Liberalen und Sozialisten bei der Wahl in Brüssel als unmoralisch.

Brüssel, 14. Juni. Ein Zug von Sozialdemokraten begab sich heute Abend in das Versammlungshaus der liberalen Vereinigung. Mehrere Redner sprachen ihre Freude über das Zusammengehen der Arbeiter und der Liberalen aus. In einer Versammlung der Katholiken hob der Vorsitzende die für die konservativen günstigen Wahlergebnisse in der Provinz hervor.

In Lüttich durchzogen am Abend Schaaren von Liberalen und Sozialisten die Straßen. — In Gent herrschte große Erregung. Die Versammlungshäuser der Katholiken wurden durch Polizei und Gendarmen bewacht. Die Polizei hatte sehr energische Maßnahmen getroffen. — In Antwerpen drang Abends 9 Uhr, wie bereits kurz gemeldet, eine zahlreiche Menge von Manifestanten in die Wohnung des Herausgebers einer katholischen Zeitung. Der Letztere gab in der Nothwehr einige Revolverkugeln ab und verwundete einen der Andringenden schwer; mehrere Andere wurden durch die Scherben der zerbrochenen Fensterscheiben verletzt. Die Tumultuanten griffen sodann die herbeileisenden Gendarmen und Polizisten an. Letztere machten wiederholt von den Säbeln Gebrauch und zerstreuten die Tumultuanten, auch als dieselben sich in den benachbarten Straßen wieder sammeln wollten.

Brüssel, 15. Juni. Die Ruhe ist im ganzen Lande wieder hergestellt.

Kairo, 14. Juni. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus.“) Einundzwanzig Offiziere, welche unter Vaker Pascha oder General Gordon in Egypten verblieben, sind aus den Aequatorialprovinzen hier eingetroffen. Dieselben berichten, fast sämtliche ägyptische Truppen hätten die Provinzen geräumt; die größte Anzahl derselben sei von der britisch-afrikanischen Gesellschaft angeworben worden. Die Gesellschaft befehle so tauſend Soldaten, welche ihr helfen werden, ihre Autorität in Unhoro und Uganda zu befestigen. Nach Aussagen von Flüchtlingen sei die militärische Ueberlegenheit Lugard's zu groß, als daß man seine Niederlage zu befürchten hätte.

Washington, 14. Juni. Sämmtliche Mächte mit Ausnahme von Rußland haben die Einladung zur Münzkonferenz angenommen. Man erwartet eine günstige Antwort seitens Rußlands. Der Ort der Konferenz ist noch nicht gewählt.

Madrid, 16. Juni. Die spanische Fregatte „Victoria“ wird in Algéciras erwartet, um erforderlichenfalls die Neutralität Ceutas zu schützen. Eine Schlacht zwischen den Truppen des Sultans und den Aufständischen in Marokko scheint bevorstehend.

Handel und Verkehr.

** Wien, 14. Juni. Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn (österreichisches Netz) vom 1. bis 10. Juni 643 972 Zl., Wiedereinnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres 22801 Zl.

** Wien, 14. Juni. Ausweis der Südbahn in der Woche vom 3. Juni bis 9. Juni 822 267 Zl., Mehreinnahme 28 019 Zl.

** London, 15. Juni. Die heute eröffnete Wollauktion war gut besucht bei ziemlich guter Theilnahme. Australische Merino und Kreuzzuchten unverändert, grobe Lincolnwolle ungefähr 5 Prozent billiger, Capwolle fest, unverändert. Zum Verkauf gelangten 382 000 Ballen. Die Auktion schließt am 19. Juni.

Im Auftrage des Herrn Marcus Joseph in Wronke werde ich am Freitag, den 17. Juni d. J., Vormittags 8½ Uhr, auf dem Bahnhofe in Wronke

einen Waggon 200 Centner Roggen

auf Rechnung der Interessenten öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Wronke, den 15. Juni 1892.

Schwarz,

Gerichts-Vollzieher in Wronke.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen

im Juni 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. in Cels. Grad
15. Nachm. 2	752,9	NO stark	bedeckt	+12,1
15. Abends 9	752,8	NO mäßig	bedeckt	+11,3
16. Morgs. 7	753,2	N mäßig	trübe	+12,0

Am 15. Juni Wärme-Maximum + 13,6° Cels.

Am 15. „ Wärme-Minimum + 9,6° „

Produkten- und Börsenberichte.

Börsen-Kurze.

Breslau, 15. Juni. (Schlußkurse.) Schwächer. Neue Proz. Reichsanleihe 87,55, 3½ Proz. V-Bandbr. 98,00. Koniol. Türlen 20,40, Türl. Boole 92,00, 4 Proz. ung. Goldrente 94,60, Bresl. Distontobant 97,80, Breslauer Wechselbant 98,55, Kreditaktien 169,25, Schles. Bankverein 114,50, Donnersmarkthütte 88,00, Flöthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft, für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenbahn 57,75, Oberschles. Portland-Zement 85,00, Schles. Cement 119,00, Oppeln. Zement 91,25, Schl. D. Zement —, Kramsta 127,00, Schles. Zinkaktien 196,00, Laurahütte 114,60, Verein. Delfabr. 90,00, Oesterreich. Banknoten 171,10, Russ. Banknoten 211,00, Giese. Cement 90,50.

Frankfurt a. M., 15. Juni. (Schlußkurse.) Schwächer. Lond. Wechsel 20,38, 4 Proz. Reichsanleihe 106,80, österr. Silberrente 81,10, 4½ Proz. Papierrente 81,60, do. 4 Proz. Goldrente 96,40, 1860er Boole 126,80, 4 Proz. ung. Goldrente 94,30, Italiener 91,3, 1880er Russen 95,70, 3. Orientanl. 69,00, unifiz. Egypter 98,35, lomb. Türlen 20,45, 4 Proz. Türl. Anl. 85,60, 3 Proz. port. Anl. 24,10, 5 Proz. lomb. Rente 83,33, 5 Proz. amort. Rumänier 92,00, 6 Proz. Koniol. Mexik. 85,20, Böhm. Weibahn 305½, Böhm. Nordb. 158, Franzosen 263, Galizier 182½, Gotthardbahn 141,60, Lombarden 89½, Südb.-Böden 146,40, Nordwestbahn 182½, Kreditaktien 270½, Darmstädter 140,40, Mittelb. Kredit 101,50, Reichsb. 149,70, Dist.-Kommandit 196,40, Dresdner Bank 148,20, Pariser Wechsel 80,85, Wiener Wechsel 170,60, serbische Tabakrente 82,50, Bochum. Gußstahl 132,50, Dortmund. Union 63,00, Harpener Bergwerk 149,80, Siberia 120,50, 4 Proz. Spanier 66,50, Mainz. 115,80.

Privatdiskont 2½ Proz. Nach Schluß der Böse: Kreditaktien 271½, Dist.-Kommandit 197,40, Portugiesen —, *) per comptant.

Wien, 15. Juni. (Schlußkurse.) Geschäftlos. Nach Abschwächung leicht erholt, Alpine Montan vorübergehend lebhaft. Schluß durchweg ruhig.

Oester. 4½ Proz. Papier. 95,72½, do. 5 Proz. 100,90, do. Silber. 95,40, do. Goldrente 113,40, 4 Proz. ung. Goldrente 111,05, 5 Proz. oc. Papier. 100,70, Länderbant 221,25, österr. Kreditakt. 317,37½, ungar. Kreditaktien 358,50, Wien. Wt.-B. 116,75, Elbethalbahn 237,50, Galizier 215,00, Lemberg-Czernowitz 244,50, Lombarden 101,40, Nordwestbahn 215,00, Tabakaktien 179,00, Napoleons 9,49, Marktnoten 58,57½, Russ. Banknoten 1,23, Silbercoupons 100,00, Bulg. garische Anleihe 105,50.

Paris, 15. Juni. (Schlußkurse.) Fest. 3 Proz. amortis. Rente 100,00, 3 Proz. Rente 100,45, 4½ Proz. Anl. —, Italien. 5 Proz. Rente 93,05, österr. Goldr. 96, 4 Proz. ungar. Goldr. 95,43, 3. Orient-Anl. 69,00, 4 Proz. Russen 188,9 97,30, 4 Proz. Egypter 490,93, lomb. Türlen 20,72½, Türlen. 83,75, Lombarden 223,75, do. Priorit. 315,00, Banque Ottomane 597,00, Panama 5 Proz. Obligat. —, Rio Tinto 433,75, Tab. Ottom. 380,00, Neue Proz. Rente 100,72½, 3 Proz. Portugiesen 24½, Neue 3 Proz. Russen 79,05.

Produkten-Kurze.

Köln, 15. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco —, do. fremder loco —, per Juli 18,80, per Nov. —, Roggen hiesiger loco 19,25, fremder loco 21,00, per Juli 18,90, per Nov. —, Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rübsöl loco 56,00, per Oktober 53,70, — Wetter: kühl.

Bremen, 15. Juni. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fasszollfrei. Geschäftlos. loco 5,70 Br.

Baumwolle. Matt. Upland middl. loco 40 Pf., Upland Bafis middl. nichts unter low middl. auf Terminlieferung, Juni 39¼ Pf., Juli 39¼ Pf., August 40 Pf., Sept. 40¼ Pf., Oktober 40½ Pf., per Nov. 41 Pf. Schmalz. Ruhig. Wilcox 34½ Pf., Armour 34½ Pf., Rohs — Pf., Fatrbant 30 Pf. Wolle. 45 Ballen Cap, 96 Ballen Austral, 8 Ballen Kammli. — Ballen Buenos-Ayres, — Ballen Natal. Spec short clear middl. — Pf. 34½.

Bremen, 15. Juni. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5 Proz. Nordb. Wollkammerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 139 Gd., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 109½ Gd.)

Samburg, 15. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holl. loco neuer 193—202. — Roggen loco rubig, mecklenb. loco neuer 180—200, russ. loco rubig, neuer 176—180 Hafer rubig. Gerste rubig. Rübsöl (unverz.) rubig, loco 55,00. — Spiritus loco rubig, p. Juni-Juli 25½ Br., per Juli-August 26 Br., August-Septbr. 26 Br., per Sept.-Oktober 26 Br. — Kaffee rubig. Umsatz 200 Gd. — Petroleum rubig, Standard white loco 5,65 Br., Aug.-Dez. 5,75 Br. — Wetter: trübe.

Samburg, 15. Juni. Rudermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Wance, frei an Bord Hamburg p. Juni 13,30, per August 13,55, p. Okt. 12,95, p. Dez. 12,82½. Still.

Samburg, 15. Juni. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Juni 64½, per Juli 63½, per September 62½, p. Dez. 61½. Behauptet.

Left, 15. Juni. Produktenmarkt. Weizen loco matt, p. Mai-Juni 8,44 Gd., 8,46 Br., p. Herbst 7,96 Gd., 7,98 Br. Hafer p. Mai-Juni 5,40 Gd., 5,45 Br., per Herbst 5,42 Gd., 5,44 Br. — Weizen p. Mai-Juni 4,89 Gd., 4,91 Br., Juli-August 4,93 Gd., 4,95 Br. Rohrweizen 11,55 Gd., 11,65 Br. — Wetter: schön.

Paris, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, p. Juni 23,60, p. Juli 23,90, p. Juli-August 24,10, p. Sept.-Dezbr. 24,60. Roggen rubig, p. Juni 16,80, p. Sept.-Dez. 16,50. Mehl matt, p. Juni 53,00, per Juli 53,60, p. Juli-August 53,80, p. Sept.-Dez. 54,50. Rübsöl rubig, p. Juni 55,75, p. Juli 56,00, pr. Juli-August 56,25, p. Septbr.-Dezbr. 57,25. Spiritus fest,

Druck und Verlag der Hoffbuchdruckeret von W. Deder u. Co. (A. Köstel) in Bosen